

versicherte dem argwöhnischen Druckereibesitzer in Winnigen: „Die Finanzierung ist gesichert.“

In Winnigen stellte man sich eigens eine neue Maschine auf und lieferte schließlich Anfang August die ersten Exemplare. Bohnemeier präsentierte dem Bundespresseamt eine Rechnung über die Druckereikosten, die ihm in zwei Raten von 40 000 Mark (Mitte Juli) und 15 000 Mark (20. August) wirklich auch prompt bezahlt wurde.

Nun war dieser Betrag zweifelsfrei dazu bestimmt, nach Abzug der Bohnemeierschen Provision die Arbeitsleistung und die Papierunkosten der Winninger Druckerei zu honorieren. Allein, was Zwischenmann Bohnemeier der Bastian-Druckerei am Zahlungstag zu bieten hatte, war ein Wechsel per 1. September 1957 in Höhe eines Teilbetrages (27 000 Mark) der fälligen 54 000 Mark. Der Winninger Drucker ließ sich notgedrungen auf dieses Geschäft ein, in der festen Annahme, daß bei einem Regierungsauftrag alles rechtens sei. Die Belehrung folgte auf dem Fuße: Der Wechsel ging am Fälligkeitstag prompt zu Protest. Aus Bohnemeier war kein Pfennig mehr herauszuholen.

Nachauflage fürs Archiv

Das Bundespresseamt hatte von Anfang an keinerlei Interesse gehabt, seine ungewöhnliche Art, Druckaufträge über einen Zwischenmann zu vergeben, an die große Glocke zu hängen. Fragt man den Autor der Broschüre „Versprochen und gehalten“, einen Mann namens Welchert aus dem Bundespresseamt, warum ausgerechnet der Schimmelbusch-Verlag den Druckauftrag bekam, so erhält man die harmlose Antwort: „Da kommen so viele an, wem soll man nun geben? Der Bohnemeier hat den Vorteil, daß er geistig über dem Durchschnitt steht.“ Die von Bohnemeier vermittelte Druckausführung der Broschüre „Versprochen und gehalten“ stand nach Autor Welcherts Ansicht allerdings nicht über dem Durchschnitt: „Als (privater) Autor hätte ich Einspruch erhoben.“ Immerhin hat Rolf Bohnemeier Provisions-Druckaufträge des Bundespresseamts in Höhe von 280 000 Mark ausführen können.

Es war das Pech der Bastian-Druckerei in Winnigen, daß sie den letzten jener Aufträge bekommen hatte. Als bei ihr am 1. September 1957 immer noch kein Geld eingegangen und Mittelsmann Bohnemeier zudem für die Druckerei nicht erreichbar war, konzipierte der verärgerte Drucker Steinhauer einen Beschwerdebrief an Konrad Adenauer. Er schrieb in sein Konzept, der Herr Bundeskanzler habe wohl inzwischen Kenntnis von der „Unterschlagung“ des Herrn Bohnemeier erhalten, und man sehe nun des Kanzlers Hilfe entgegen.

Die Presseamtsfunktionäre redeten dem Druckereimann aus Winnigen an der Mosel aus, das Schreiben abzuschicken und boten ein Vermittlungsgespräch an. Da Druckereibesitzer Steinhauer zu dieser Zeit gerade zu einem Ferientaufenthalt im schweizerischen Ascona war, delegierte er seinen Betriebsleiter Ehlenbeck nach Bonn.

Aber Ehlenbeck bekam nur zu hören, was der Felix-von-Eckardt-Schwager Hermann Michaelsen auch anderen unbequemen Fragestellern mit gespielter Gleichgültigkeit entgegenhält: „Bohneimeier hat seine Verpflichtung uns (dem Presseamt) gegenüber erfüllt. Was sich da noch herumrankt, das geht uns nichts mehr an.“ Und: „Für mich ist die Sache erledigt, ich kann nicht hinterher gucken, was für Geschäfte Herr Bohnemeier macht.“

Daraufhin reiste Druckereibesitzer Steinhauer eigens aus seinem Schweizer Ur-

laubsdomizil an. Nach langem Hin und Her zeigte sich das Presseamt schließlich doch bereit, ihm aus der Malaise zu helfen. In- des, die Form der beabsichtigten Hilfestellung offenbart, daß man in dieser Bundesbehörde immer noch nicht von Hintertreppenlösungen lassen kann. Wiederum griff man zu einer ungewöhnlichen Maßnahme.

Nach bewährter Manier, finanzielle Schäden aus der Vergangenheit mit Aufträgen für die Zukunft aufzurechnen, erhielt die Bastian-Druckerei zunächst einmal den direkten Auftrag, eine Nachauflage (33 000 Exemplare) der Wahlkampfbroschüre „Versprochen und gehalten“ zu drucken, ungeachtet der Tatsache, daß die Regierungserklärung von 1953 — das Thema dieser Schrift — in wenigen Tagen durch das Programm der neugewählten Bundesregierung überholt sein und danach allenfalls noch Archivwert haben wird.



Eckardt-Schwager Michaelsen

Was sich herumrankt, geht uns nichts an

Dem Bohnemeier-Verlag Schimmelbusch & Co. aber will die Bundesregierung für 30 000 Mark Bücher, wie etwa „Als Landratte zur Kriegsmarine“, abnehmen, damit Bohnemeier aus dem Erlös Schulden bei der Winninger Druckerei begleichen kann. Zu den Werken, die Bohnemeier auf diese elegante Art unversehens absetzen kann, soll auch ein Buch mit dem Titel „Einer, der nicht sterben wollte“ gehören; an diesem Buch verdient sich der Felix-von-Eckardt-Schwager Hermann Michaelsen als Übersetzer Tantiemen.

Vor Frägern, die im Bundespresseamt den Verdacht äußerten, dem gescheiterten „Mix“-Verleger Bohnemeier sei doch nach dem traurigen Ende dieses Blattes allerhand Protektion zuteil geworden, leugnet der Abteilungsleiter Ministerialrat Dr. Wolfgang Glaesser den Sachverhalt ab: „Ich kann nicht sagen: dem müssen wir Aufträge geben, um ihm zu helfen. Dann käme ich gleich ins Zuchthaus.“

BUNDESLÄNDER

HESSEN

Der Mann muß weg

Wenn Herr Zinn Fragen vorgelegt werden, die zu beantworten ihm unangenehm sind, kann man natürlich nicht erwarten, daß er sie beantwortet.“ Mit dieser tief sinnigen Auskuhft versuchte der amtliche Sprecher der hessischen Landesregierung, Hermann Maaß, auf höchste Weisung seinen Chef, den Ministerpräsidenten, Justizminister und SPD-Genossen Georg August Zinn, davor zu bewahren, aktuell zu zwei pikanten Themen Stellung nehmen zu müssen — zur politisch gebundenen Justiz und zur Wahrung der Treuepflicht in staatlichen Diensten, auch Untergebenen gegenüber.

Zinn hat nämlich ein Exempel statuiert, das geeignet ist, künftig manchen Justizbeamten zu bestimmen, Entscheidungen nicht nur nach Recht und Gesetz, sondern, im Blick auf seinen höchsten Vorgesetzten, den Justizminister, auch nach den Gesichtspunkten der politischen Opportunität zu treffen.

Diese innige Verquickung von Justiz und Politik nicht rechtzeitig erkannt zu haben, hat sich für zwei im Lande Hessen bislang hochangesehene Justizbeamte höchst nachteilig ausgewirkt: für den Oberstaatsanwalt von Kassel, Volkmar Borbein, und für den Frankfurter Oberstaatsanwalt Arnold Buchthal. Beide haben erfahren müssen, daß sich ein Staatsanwalt — zumindest im Lande Hessen — nur dann unangefochten halten kann, wenn er das berücksichtigt, was der hessische Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer vieldeutig mit „politischen Imponderabilien“ umschreibt: daß der Justizminister und Politiker Zinn am Tage nach der Bundestagswahl 1957 nicht mehr vertreten will, was er am Tage vor der Wahl hat erreichen wollen.

Es war die Nacht vor dem letzten Wahlkampftag. Inmitten einer Schar von Getreuen saß der Regierungschef und SPD-Spitzenkandidat von Hessen, Georg August Zinn, im Geschäftszimmer des Kasseler SPD-Kreisverbandes. Er hatte soeben in der Kasseler Stadthalle seine letzte Wahlversammlung abgehalten und gedachte nun, sich im Gespräch mit Gleichgesinnten vom Kampfe auszuruhen.

Da wurde die Erholungspause jählings unterbrochen. In der SPD-Zentrale traf die Nachricht ein, daß der Kasseler FDP-Vorsitzende Dr. Ludwig Schneider soeben Strafantrag gegen den Initiator einer Wahlanzeige erstattet hatte. In dieser Anzeige wurde den Freien Demokraten und den Sozialdemokraten vorgeworfen, sie trieben eine Politik, die dem Bolschewismus Vorschub leiste. „Wollen wir die FDP wählen“, so hieß es da, „die genauso wie die SPD gegen unsere Regierung eingestellt ist? Wollen wir riskieren, daß diese beiden Parteien mit Unterstützung der 600 000 westdeutschen Kommunisten die Mehrheit der Stimmen gewinnen und eine Regierung bilden, die sich den Sowjets annähert?“

Um selbst dem unbedarftesten Zeitungsleser vor Augen zu führen, welche angeblichen Gefahren ein Wahlsieg der Opposition für Volk und Vaterland heraufbeschwören würde, war für das Inserat ein historisches Beispiel bemüht worden, das jedem Volksschüler aus dem Geschichtsunterricht geläufig ist: Die Geschichte vom Trojanischen Pferd, mit dessen Hilfe die listenreichen Griechen einst die wackeren Troianer überwand. Wie weiland in Troja, so suggerierte der

Wieder aufgerollt: Der Nürnberger Prozeß

So bekam Göring das Gift

„Achtung!“ schreit Bach-Zelewski. „Der Reichsmarschall und Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe!“

Blickwendung nach links. Rechter Arm kerzengerade ausgestreckt. Die Beine hämmern im Stehschritt auf den Steinboden.

Göring, der gerade vom Justizpalast in den Gefängnisbau zurückgeführt wird, dankt, als habe er eine Kopfbedeckung auf mit gezielter Armbewegung zum imaginären Mützenschild, den kleinen und den Ringfinger weit abgespreizt, den Daumen eingezogen.

„Augen — gerradeee — auss!“

Die Wachtmänner biegen sich Schade, daß es schon vorbei ist. Das hätten die anderen auch einmal sehen sollen. Göring und Bach-Zelewski — das ist eine Bombe! Man muß es morgen so einrichten, daß sich die beiden wieder begegnen. Der Trick klappt ausgezeichnet.

Erich von dem Bach-Zelewski hat richtig spekuliert. Die Wachen, die sich bei den Gängen mit den Gefangenen ablösen, richten es wirklich so ein, daß es möglichst oft ein Gaudium gibt. Es hat sich herumgesprochen, daß man die beiden nur zusammenbringen muß, wenn man lang ordentlich lachen will. Einige Wochen lang spielt Bach-Zelewski den ausgemachten Clown. Bei den Begegnungen mit Göring, die von den Posten nun fast täglich arrangiert werden, läßt er sich immer neuen Blödsinn einfallen.

Göring selbst hat sich daran gewöhnt und marschier eifrig mit durch den Kakao, den Bach-Zelewski anrührt. Er weiß ja, daß dies alles nur darauf abzielt, einen einzigen kurzen Augenblick vorzubereiten: die Übergabe des Giftes. Dieser Augenblick kommt erst Ende des Jahres 1945.

Das Spiel zwischen Göring und Bach-Zelewski hat sich zu einer monumentalen Groteske entwickelt. Die beiden Männer grüßen, danken, marschieren und reden bei ihren Bewegungen wie Parodisten auf einer billigen Kabarettbühne. Der SS-General hat seiner Rolle inzwischen eine byzantinische Note gegeben: er macht tiefe und noch tiefere Verbeugungen, so oft Göring an ihm vorbeistolzert. In diesem Theater ergibt es sich ganz zwanglos, daß er sich eines Tages ehrfürchtig verneigt und dem Reichsmarschall zum Gruß die Hand reicht. Göring ergreift sie lachend, schüttelt sie in übertriebener Herzlichkeit — und auch das alles ist scheinbar urkomisch. Nicht der leiseste Verdacht steigt in den begleitenden Wachen auf, die nur das Schauspiel genießen. Niemandem wird bewußt, daß sich die beiden Männer bei ihrer köstlichen Komödie zum ersten Mal berührten. Niemand denkt daran, daß das verboten ist.

Dieser Händedruck war für alle Beobachter nur ein flüchtiges, nebensächliches Detail des pompösen Lustspiels. In Wirklichkeit war er die Hauptsache. In dieser lächerlichen Sekunde wechselt die kleine Giftkapsel aus der Hand Bach-Zelewskis in den Besitz des Angeklagten Hermann Wilhelm Göring über.

Was Sie hier gelesen haben, ist ein kleiner Ausschnitt aus dem neuen Dokumentarbericht der Münchner Illustrierten über jenen Prozeß, den Eden als „die größte Menschenjagd der Geschichte“ bezeichnet hat. Das authentische Material aus den 42bändigen Gerichtsprotokollen, aus Tonbändern, Geheimakten beider Seiten und Dokumenten ausländischer Archive enthüllt erstmalig ein Zeitbild, das in vielen Einzelheiten einem phantastischen Kriminalroman gleicht. Verlangen Sie bei Ihrem Zeitschriftenhändler bitte ausdrücklich die Münchner Illustrierte!

Annoncierer dem Betrachter durch Zeichnung und Text, werde es auch der Bundesrepublik ergehen, wenn dem Treiben von SPD und FDP nicht Einhalt geboten werde. In der Tschechoslowakei, in Ungarn und in der „DDR“ seien bereits „die großen demokratischen Parteien von einer kleinen kommunistischen Gruppe überfölpelt und dem Bolschewismus ausgeliefert“ worden. Nun drohe die Bundesrepublik an das rote Messer zu geraten. „Sollen auch wir ein neues Troja werden... oder wollen wir nicht lieber noch einmal den Regierungsparteien — CDU und DP — unser Vertrauen schenken, damit die bisherige Politik beibehalten wird?“

Wie einer Reihe von anderen bundesdeutschen Tageszeitungen war diese Wahlanzeige auch den drei Kasseler Blättern

seines Vorgesetzten entgegen, den Zinn allerdings nicht in seiner Eigenschaft als weisungsberechtigter Justizminister, sondern ausschließlich in seiner Funktion als SPD-Politiker und zu allem Überfluß nur deshalb gestellt haben will, „um die FDP vor der Wahl nicht im Stich zu lassen“.

Nun tat der Oberstaatsanwalt Borbein das, was ihn inzwischen die längst zugesagte Beförderung zum Landgerichtspräsidenten von Marburg gekostet und ihm eine Dienstbeschwerde eingetragen hat. Er prüfte pflichtgemäß und sorgfältig, ob sich in der gefarnten Wahlanzeige des Dr. Krüger etwas Strafbares fand, nämlich Beleidigung oder üble Nachrede. Nachdem er zu der Erkenntnis gekommen war, daß ein strafbarer Tatbestand gegeben sei, gedachte er der Vorschrift der Strafprozeßordnung, nach der „Gegenstände, die als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können“, sicherzustellen sind.

Oberstaatsanwalt Borbein berücksichtigte allerdings auch die Bestimmungen des hessischen Pressegesetzes; dieses Gesetz sieht vor, daß derartige „Sicherstellungen“ in Pressefällen nur von einem Richter angeordnet werden können. Er beantragte daher bei dem gleich ihm aufgeschwemmten Amtsgerichtsrat Dr. Karl Nuhn eine Beschlagnahmeverfügung gegen die drei Kasseler Zeitungen.

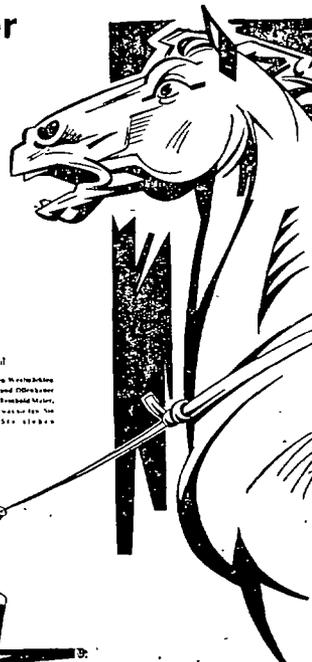
Der Amtsgerichtsrat fertigte die Verfügung aus. Nunmehr konnte der Oberstaatsanwalt Borbein den Polizeiapparat in Bewegung setzen, und das veranlassen, was der sozialdemokratische Ministerpräsident und Justizminister Zinn durch seinen Strafantrag mit heraufbeschworen hatte. In den frühen Morgenstunden wurden die Anzeigenseiten, auf denen das Anti-SPD- und FDP-Inserat prangte, polizeiamtlich eingezogen.

Die Kasseler Zeitungsverleger freilich protestierten gegen „diesen schwerwiegenden Eingriff in die Pressefreiheit, der seit 1945 ohne Beispiel ist“, und bezichtigten den Oberstaatsanwalt Borbein, das Grundrecht der freien Meinungsäußerung mißachtet zu haben. Ihnen schien die Sache durchaus nicht strafbar zu sein, da der in juristischen Balancekunststückchen wohlverfahrene Anzeigen-Texter Krüger eine formalrechtliche Hintertür eingebaut hatte: Krüger hatte zwar der Opposition unterstellt, sie betriebe die Geschäfte der Kommunisten, indes verschämt hinzugefügt, daß dies nicht in böser Absicht und damit vorsätzlich geschehe, sondern gleichsam in grenzenloser politischer Naivität. („Beide Parteien wissen nicht, was sie tun.“)

Diese Absicherung war Krüger in letzter Stunde eingefallen. Ursprünglich hatte er vorgehabt, derbere Schläge auszuteilen. In einem Rundschreiben an seine „lieben Freunde“ hatte er Anfang September inständig gebeten, nicht über den „Sorgen um die künftige Entwicklung unserer westdeutschen Wirtschaft... Lohnkämpfe und Exportbehinderungen die dringend nötige

Ein rätselhaftes Tier

Wollen wir die FDP wählen, die genauso wie die SPD gegen unsere Regierung eingestellt ist? Wollen wir riskieren, daß diese beiden Parteien mit Unterstützung der 600000 westdeutschen Kommunisten die Mehrheit der Stimmen gewinnen und eine Regierung bilden, die sich den Sowjets annähert? Oder wollen wir nicht lieber noch einmal den Regierungsparteien — CDU oder DP — unser Vertrauen schenken, damit die bisherige Politik beibehalten wird? Was wir auch immer tun, vergessen wir nie, daß es um den Fortbestand oder Untergang unseres Vaterlandes geht. In den nächsten vier Jahren kann viel passieren. Daran müssen wir denken und AUF JEDEN FALL UNSERE STIMME ABGEBEN!



Sollen wir da mit ziehen?

Wollen wir die FDP wählen, die genauso wie die SPD gegen unsere Regierung eingestellt ist? Wollen wir riskieren, daß diese beiden Parteien mit Unterstützung der 600000 westdeutschen Kommunisten die Mehrheit der Stimmen gewinnen und eine Regierung bilden, die sich den Sowjets annähert? Oder wollen wir nicht lieber noch einmal den Regierungsparteien — CDU oder DP — unser Vertrauen schenken, damit die bisherige Politik beibehalten wird? Was wir auch immer tun, vergessen wir nie, daß es um den Fortbestand oder Untergang unseres Vaterlandes geht. In den nächsten vier Jahren kann viel passieren. Daran müssen wir denken und AUF JEDEN FALL UNSERE STIMME ABGEBEN!

Umstrittene Wahlanzeige: Zinn stellte Strafantrag

(„Hessische Nachrichten“, „Kasseler Post“, „Kasseler Zeitung“) über die Bensheimer Annoncenexpedition E. Möller von einer „Vereinigung zur Förderung der Wahlbeteiligung und der politischen Willensbildung“ angeboten worden, die in keinem Telefonbuch und keinem Vereinsregister zu finden und deren Charakter als „Tarnorganisation der Industrie“ nur dem erkenntlich ist, der weiß, daß ihr Schöpfer, der Frankfurter Finanzmann Dr. Kurt Krüger, in den Vorstandszimmern einer Reihe von Banken seine wirtschaftspolitischen Fäden spinn.

Kaum hatte der bei seinen Genossen sitzende Ministerpräsident Zinn von diesem Anschlag auf seine SPD-Politik und den Abwehrmaßnahmen des Kasseler FDP-Vorsitzenden Schneider erfahren, da beschloß auch er, in die Arena hinabzusteigen. Er telephonierte nach seinem Oberstaatsanwalt Borbein, der bereits zu Bette lag und zudem offiziell im Urlaub war.

Der Oberstaatsanwalt eilte herbei und nahm den hastig aufgesetzten Strafantrag

Beeinflussung der politischen Entwicklung (zu) vernachlässigen“.

Wie diese politische Beeinflussung vor sich gehen sollte, hatte er gleichzeitig an einem mitversandten Inseraten-Entwurf demonstriert, der eine graphisch sinnfällige Pointe hatte: Aus dem Bauch des überdimensionalen Holzpferdes schaut ein bis an die Zähne bewaffneter Rotarmist heraus; mutig stemmen sich Kanzler Adenauer und Wirtschaftsminister Erhard gegen das Stadttor, um das Eindringen des Sowjetkriegers abzuwehren. Aber ihre Kraft droht zu erlahmen. Denn verbissen versuchen der FDP-Vorsitzende Reinhold Maier und der SPD-Chef Erich Ollenhauer sie von der Schutzmauer abzudrängen, um dem bolschewistischen Eindringling das Tor zu öffnen.

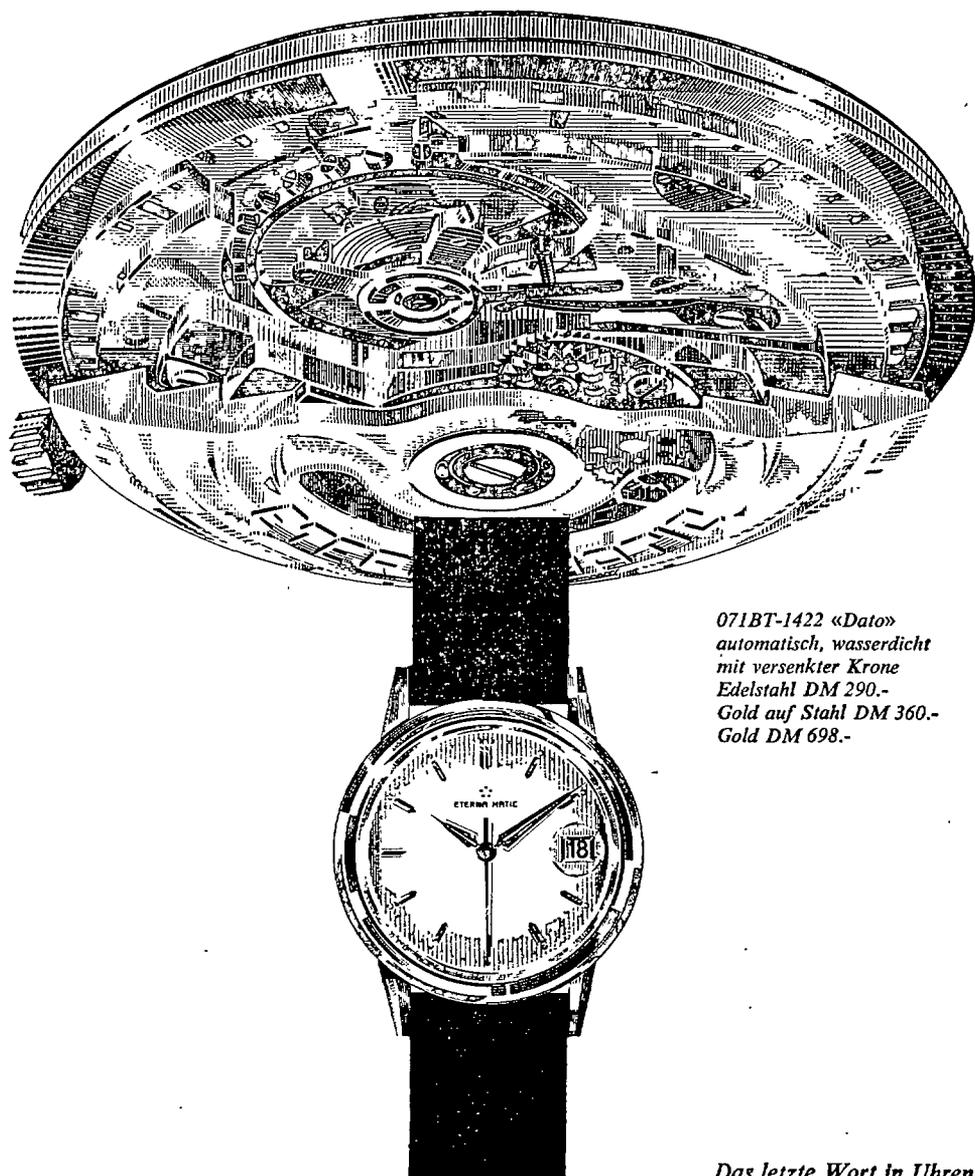
Diese in jedem Falle strafbare und historisch wenig stilreine Wahllattache hatte Krüger indes in jene Form abgemildert, die dann gedruckt wurde und gegen deren Beschlagnahme die Kasseler Zeitungen vorgehen.

Jedoch die von dem Verleger der „Kasseler Post“, Dr. Wilhelm Batz, mündlich eingelegte Beschwerde wurde von der Ferienstrafkammer des Kasseler Landgerichts unverzüglich abgewiesen. Trotz des ausgeklügelt eingebauten Dämpfers, so entschieden die Kasseler Richter, bestehe „objektiv der dringende Verdacht einer üblen Nachrede“ und der „hinreichende Verdacht...“, daß die Verfasser der Anzeige zum mindesten im Sinne eines bedingten Vorsatzes die verächtlichmachende Wirkung der Anzeige erkannt und in Kauf genommen haben“.

Der Oberstaatsanwalt Borbein sah sich somit in seinem Vorgehen durch einen zweiten Richterspruch bestätigt und hatte allen Grund zu der Annahme, rechtens gehandelt und seinem Vorgesetzten, dem Justizminister und Strafantragsteller Zinn, keinen Grund zur Rüge gegeben zu haben. Diese Annahme erwies sich jedoch als falsch. Denn inzwischen war dem Justizminister Zinn klargeworden, daß er durch seinen Strafantrag und die dadurch ausge-



Kasseler Oberstaatsanwalt Borbein
Sprach der Parteimann oder der Minister?



071BT-1422 «Dato»
automatisch, wasserdicht
mit versenkter Krone
Edelstahl DM 290.-
Gold auf Stahl DM 360.-
Gold DM 698.-

Das letzte Wort in Uhren

ETERNA · MATIC

DATO

der selbstschaltende Kalender am Handgelenk

AUTOMATISCH MIT KUGELLAGER

Die Eterna-Matic «Dato» leistet Ihnen doppelte Dienste: sie gibt neben der genauen Zeit auch den Monatstag an. Ohne Ihr Zutun schaltet das Datum um Mitternacht automatisch weiter. Die «Dato» bestätigt die hervorragenden Eigenschaften der Eterna-Matic, der «watchmaker's watch» (der vom Uhrmacher wegen ihrer technischen Vollkommenheit bevorzugten Uhr), wie sie in Amerika genannt wird. Tausendfach hat sich das

Eterna-Matic System als die wissenschaftlich modernste Lösung des automatischen Aufzugs bewährt: die als Rotor ausgebildete Schwingmasse dreht sich frei auf einem Präzisionskugellager und spannt bei der leisesten Handbewegung die Feder. Im Gegensatz zu einer Achse nutzt sich das Kugellager nicht ab, sondern spielt sich beim Gebrauch noch besser ein - und damit ist die Reibung als Feind der Mechanik überwunden.

Das Kugellager der Eterna-Matic ist kleiner als ein Streichholzkopf. Der Durchmesser der einzelnen Kügelchen beträgt bloss 65 Hundertstelmillimeter. Ihrer 30 000 haben in einem Fingerhut Platz, und ihr Gewicht von $\frac{1}{1000}$ Gramm pro Stück ist so gering, dass sie auf der Wasseroberfläche schwimmen. Schreiben Sie uns. Wir schicken Ihnen gerne kostenlos eines dieser Kügelchen. SERVICE IN 124 LÄNDERN



Bezugsquellen-Nachweis durch die

ETERNA GmbH, MÜNCHEN 2, DIENNERSTRASSE 14

GRIVELET
EDLER WEIN AUS BURGUND



...VOUS FERA découvrir la véritable joie de boire

GRIVELET trinken, heißt die Freude am Leben neu entdecken, so urteilte ein französischer Kenner über unsere Burgunder-Weine der Extraklasse*).

Schenken Sie sich und Ihren Gästen neue Lebensfreude ein, bei festlichen Stunden, die nach einem feurigen Wein von der Cote d'Or verlangen! Es ist ja so einfach geworden, seit Grivelet auch privat erhältlich ist.

Schreiben Sie eine Karte an unseren Distributeur für das Bundesgebiet GRIVELET Karlsruhe Bachstraße 5. Sie erhalten unverbindlich unsere Karte und können in wenigen Tagen berühmte Weine aus Burgund in Originalabfüllung und -verpackung zu günstigen Preisen Ihr eigen nennen.

*)... es ist bestimmt kein Zufall, daß beim Empfang Ihrer Majestät Elisabeth II. im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles Grivelet geboten wurde!

Romanée-Conti · Richebourg · La Tache · Musigny

CHATEAU CHAMBOLLE-MUSIGNY COTE D'OR

Vosne-Romanée · Chantenay · Gevrey-Chambertin · Nuits St. Georges · Pommard · Montrachet · Meursault · Chablis · Mercurey · Cotes de Beaune



*Jederzeit
Wagen bereit*

SEVERIN+LÜER

HAMBURGS
GRÖSSTER SELBSTFAHRER-DIENST

Hamburg 1 · Ferdinandstraße 24
1 Min. vom Hauptbhf. · Ruf 333366
Fernschreiber 021 2053

löste Beschlagnahme-Aktion als SPD-Politiker unklug gehandelt hatte.

Diese bittere Erkenntnis war Zinn gekommen, als er die Folgen einer Parallel-Unternehmung in Frankfurt sah. Bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft war nämlich ein Strafantrag gegen den Wahlstrategen Krüger eingegangen, den der SPD-Pressechef Fritz Heine im Namen des SPD-Bundesvorstandes gestellt hatte, zu dem auch Zinn gehört. Heine hatte von einer der SPD wohlgesonnenen Tageszeitung rechtzeitig einen Wink erhalten und die Frankfurter Staatsanwaltschaft als die für den Wohnsitz des Krüger zuständige Strafverfolgungsbehörde mobilisiert. Vorsorglich hatte er zudem bei der Dritten Zivilkammer des Frankfurter Landgerichts eine einstweilige Verfügung gegen die Veröffentlichung des fragwürdigen Wahlschlagers beantragt.

Dieses Ansinnen wiesen die Frankfurter Zivilrichter jedoch kostenpflichtig ab. Sie sahen in dem modernisierten Kampf um Troja lediglich „freie Äußerungen einer bestimmten politischen Meinung“, die dank dem vom Grundgesetz garantierten Meinungsfreiheit unbeschadet vorgetragen werden dürften.

Erfolg hingegen hatte Heine bei dem Frankfurter Oberstaatsanwalt Buchthal, der den von Heine mitgesandten Inseratentext prüfte und fand, daß er sehr wohl strafrechtlich zu beanstanden sei. Vorsorglich wies Buchthal die Frankfurter Zeitungen darauf hin, daß ein Druck der Anzeige nicht ohne Folgen bleiben würde. Die „Frankfurter Rundschau“ und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ versicherten, sie hätten die Aufnahme des Inserats von vornherein verweigert. Nur die der CDU verbundene „Frankfurter Neue Presse“ trumpfte auf und kündigte Buchthal an, daß sie eine Kraftprobe nicht scheue.

Oberstaatsanwalt Buchthal erwirkte bei dem Frankfurter Haftrichter, dem Amtsgerichtsrat Holtmann, eine Beschlagnahmeorder und zog mit einem Polizeiaufgebot zum Verlagshaus der „Neuen Presse“.

Dort wurde er von schußbereiten Kameras und einer entschlossenen Abwehr empfangen. Buchthal erinnert sich: „Ich habe vergebens versucht, die Sache so geräuschlos wie möglich abzuwickeln. Ich habe mehr als zwei Stunden mit den Herren verhandelt. Die ‚Neue Presse‘ sagte: Dann wollen wir den Skandal, dann machen wir eine große Sache daraus.“

Die große Sache kam. Im Gegensatz zu den Kasseler Strafrichtern entschied die Neunte Strafkammer des Frankfurter Landgerichts am anderen Tag, die Beschlagnahme sei aufzuheben, da dem Anzeigen-Initiator Krüger keine beleidigende Absicht nachgewiesen werden könne: „Die in der Wahlanzeige geübte Kritik des Verfassers an den politischen Plänen der genannten Parteien liegt, auch wenn sie in vereinfachender übersteigter Form geschieht, noch innerhalb des in einem Wahlkampf durch die Wahrnehmung berechtigter Interessen gerechtfertigten Verhaltens.“

Eilends hetzte die „Frankfurter Neue Presse“ ein Extrablatt auf die Straße, das nicht nur mit wilden Angriffen gegen den Oberstaatsanwalt Buchthal, sondern mit der Drohung gegenüber dem Regierungschef und Justizminister Zinn gespickt war:

▷ „Die künftige Haltung dieser Zeitung, auch zur hessischen Regierung, wird davon abhängen, welcherart die Genugtuung ist, die der hessische Justizminister und Ministerpräsident Dr. Zinn uns geben wird.“

Diese Drohung verfehlte in der Wiesbadener Staatskanzlei ihre Wirkung nicht. Das Wahlergebnis hatte dem SPD-Politi-

ker Zinn schmerzlich klargemacht, daß es der CDU zum erstenmal gelungen war, die sozialdemokratische Hochburg Hessen erfolgreich zu berennen.

Der SPD-Politiker Zinn kam zu dem ebenso simplen wie erstaunlichen Schluß, daß es unklug wäre, sich aus Rücksicht auf ihm unterstellte Oberstaatsanwälte die Feindschaft einflußreicher Zeitungleute zuzuziehen. Erläutert der Generalstaatsanwalt Dr. Bauer, der gleichfalls der SPD angehört: „Wir hatten gedacht, daß sich am Montag nach der Wahl die Gemüter wieder beruhigt hätten. Aber das war ein Irrtum. Die Sache wirbelte außerordentlichen Staub auf, und wir mußten natürlich überlegen, was geschehen sollte. Wir wünschten keinen Krach mit der Presse.“

Was geschehen sollte, hatte sich die „Frankfurter Neue Presse“ bereits ausgedacht. Ihr Chefredakteur Marcel Schulte



Frankfurter Oberstaatsanwalt Buchthal
Formal richtig, politisch falsch

fuhr nach Wiesbaden, weniger, um sich bei Zinn (Bauer: „Zwischen Herrn Schulte und Herrn Zinn bestehen enge freundschaftliche Beziehungen“) lediglich „über das Verfahren bei der Beschlagnahme zu beklagen“ — wie Zinn es darstellt —, als vielmehr um das anzubringen und durchzusetzen, was der „Neue-Presse“-Herausgeber Dr. Hugo Stenzel so umreißt: „Selbstverständlich haben wir klipp und klar verlangt, daß uns nach außen hin durch eine sichtbare Demonstration Genugtuung gegeben wird. Unsere Forderung, die Herr Schulte Herrn Zinn vortrug, lautete eindeutig auf Abberufung Buchthals.“

Diese Forderung blieb nicht unbeachtet, wiewohl der Ministerpräsident und Justizminister Zinn noch jetzt beteuern läßt, daß er dem Chefredakteur Schulte „keine Zusage gegeben“ habe. Dagegen erinnert sich Dr. Hugo Stenzel: „Herr Zinn hat diesem Anspruch sofort Verständnis entgegengebracht. Er hat erkannt, daß hier

ein eklatanter Verstoß vorgekommen ist, und entsprechend gehandelt.“

Zinn mochte auch noch andere Gründe haben, sich des Wohlwollens der „Frankfurter Neuen Presse“ zu versichern. Denn er hat in den vergangenen Jahren gern die publizistische Unterstützung angenommen, die dieses Blatt ihm mit guter Witterung für Opportunität aufnötigte, besonders zu der Zeit, als es galt, landespolitische Ereignisse (etwa den Komplex des Landesamts für Verfassungsschutz) in einer für die Person und die Regierung Zinn nachsichtigen und diskreten Weise zu bearbeiten.

So kam es, daß der Justizminister Zinn einen Entschluß traf, der kaum seinesgleichen hat. Anstatt sich vor seine Beamten zu stellen, die nur das getan hatten, was er mit seinem Strafantrag hatte bewirken wollen, und anstatt die gegen diese Beamten erhobenen Vorwürfe im Wege eines amtlichen Verfahrens zu klären, teilte er handfeste Rügen aus: Der Oberstaatsanwalt Buchthal wurde abrupt von seinem Posten abberufen und als Landgerichtsdirektor nach Darmstadt versetzt, wo er nicht mehr als Behördenleiter, sondern nur noch als Stellvertreter fungieren wird. Dabei gesteht selbst der Generalstaatsanwalt Bauer ein: „Herr Buchthal hat durchaus nach den Bestimmungen gehandelt; er hat formal richtig gehandelt.“

Zwei Köpfe auf einem Zinn-Teller

Auf welcher eigenartigen Weise Ministerpräsident Zinn beamtenrechtliche Grundsätze interpretiert, enthüllte sein Regierungssprecher: „Die Versetzung hat rein politische Gründe und wurde von Politikern entschieden. Buchthal hat die politischen Auswirkungen seiner Handlung nicht bedacht. Das war sein Fehler. Vom Beamtenrechtlichen her ist ihm kein Vorwurf zu machen. Es ist gewissermaßen ein Heroismus der Bürokratie — der Justizbürokratie —, daß sie das mitgemacht hat.“

Auf den Stuhl des Buchthal wurde der Limburger Oberstaatsanwalt Heinz Wolf komplimentiert, der Mitglied des Kreisvorstandes der CDU ist (Bauer: „Da weiß man, woran man ist“) und sich in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen als Verteidiger von Alfred Krupp betätigt hat. Wolf, der seine Dienstgeschäfte in Frankfurt Ende letzter Woche aufgenommen hat, ist freilich vorerst nur „abgeordnet“. Über seine Versetzung muß formell noch das hessische Kabinett entscheiden.

Der Kasseler Oberstaatsanwalt Borbein bekam gleichfalls einen ministeriellen Tadel. Er wurde von der Beförderungsliste gestrichen, denn, so erläutert Generalstaatsanwalt Bauer: „Wir wollen keineswegs der Presse einen Affront bereiten und den Eindruck erwecken, als ob wir die Angelegenheit auf die leichte Schulter nähmen.“ Der Generalstaatsanwalt war persönlich nach Kassel geeilt, um den Verlegern der drei Zeitungen diese Botschaft zu verkünden.

Auf den eigentlich für Borbein frei gehaltenen Stuhl des Marburger Landgerichtspräsidenten rückte der ebenfalls der CDU angehörende Darmstädter Landgerichtsdirektor Otfried Keller.

Über die Wirkung dieses politischen Eingriffs in die Justiz macht sich Generalstaatsanwalt Bauer inzwischen seine Gedanken: „Ich habe den Zeitungen auf einem Zinn-Teller die Köpfe zweier Oberstaatsanwälte dargebracht, aber offenbar vergebens.“

Die Zeitungsverleger hatten nämlich gleich Schadensersatzforderungen angemeldet. Frohlockte „Neue Presse“-Herausgeber Dr. Hugo Stenzel: „Unser Schadensersatzanspruch ist von Herrn Zinn bereits dem Grunde nach anerkannt worden.“



CREME MOUSON

mit
Tiefen-
Wirkung

Ich kenne keine Sorgen um meinen Teint oder meine Hände. Auf die einfache tägliche Pflege mit CREME MOUSON kann ich mich voll und ganz verlassen. Sie erhält meine Haut jung, gesund und schön. CREME MOUSON

DM 0,75
DM 1,10
DM 1,50
DM 2,50

macht es leicht, schön zu sein.

MOUSON-Erzeugnisse sind auch in Österreich, Italien, der Schweiz, den Beneluxstaaten, Skandinavien und in etwa 60 anderen Ländern der Welt in **Originalqualität** zu haben.

Meine Frau und ich



»Meine Frau und ich tragen Prothesen und hatten früher viel Ärger. Die Prothesen wurden nicht richtig sauber, fielen beim Bürsten aus der Hand, wurden beschädigt, wackelten außerdem beim Sprechen, so daß wir häufig unangenehm auffielen.

Durch Ihre Kukident-Präparate ist das sehr schnell anders geworden. Jeden Morgen freuen wir uns über unsere wie neu aussehenden künstlichen Gebisse. Sauber, frisch, geruchfrei. Und dabei ohne Mühe und ohne Arbeit! Mit der Kukident-Haft-Creme sitzen die Prothesen den ganzen Tag über so fest, daß wir unbesorgt sprechen, singen und lachen, ja sogar husten und niesen können.«

So schreiben uns viele Zahnprothesenträger

Tragen Sie ein künstliches Gebiß und kennen Kukident noch nicht? Dann kaufen Sie sich noch heute eine Packung Kukident-Reinigungs-Pulver für 1,50 DM — reicht einen ganzen Monat — und eine Probetube Kukident-Haft-Creme für 1 DM oder eine Blechstreudose Kukident-Haft-Pulver für 1,50 DM.

Wenn Sie nicht zufrieden sind, senden Sie uns die Packungen; Sie erhalten dann Ihr Geld zurück.

Kukirof-Fabrik, Weinheim

Wer es kennt — nimmt

Kukident

Erhältlich in allengrößeren Apotheken und Drogerien